

**Beschluss des 5. Landesparteitages**  
**1. Tagung, DIE LINKE. Thüringen, 14./ 15.11.2015 in Gotha**  
**(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen, einige Enthaltungen)**

## **Leitantrag**

### **Wir machen´s gerecht - Für ein soziales, ökologisches und demokratisches Thüringen**

Am 14. September 2014 hat DIE LINKE. Thüringen mit 28,2 Prozent der abgegebenen Stimmen das bundesweit bisher beste Ergebnis der Partei bei einer Landtagswahl erreicht. Unser Wahlziel, die CDU nach 24 Jahren aus der Regierung abzulösen, haben wir mit der Wahl von Bodo Ramelow am 5. Dezember 2014 zum ersten linken Ministerpräsidenten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erfüllt. Das war und ist ein großer politischer Erfolg für unseren Landesverband und DIE LINKE insgesamt. Entgegen allen Hoffnungen und Erwartungen unserer politischen Gegnerinnen und Gegnern und eventueller Skepsis bei einigen unserer Mitstreiterinnen und Mitstreitern hat sich die erste von links geführte Rot-Rot-Grüne Landesregierung (#r2g) als stabil und handlungsfähig, belastbar und kompromissfähig erwiesen.

#r2g in Thüringen stellt sich den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Auf den deutlichen Anstieg der Zahl geflüchteter Menschen, die Schutz vor Krieg, Terror und Diskriminierung suchen, reagieren wir mit einem humanitären Ansatz in der Flüchtlingspolitik. Das entspricht unserem Ziel einer sozial gerechten und solidarischen Gesellschaft. Eine reiche Gesellschaft wie die Bundesrepublik muss und kann sich einen solch humanitären Ansatz leisten. Allerdings ist in dieser Gesellschaft Reichtum äußerst ungleich verteilt. Wenige Spitzeneinkommensbezieher und -bezieherinnen und Unternehmensbesitzer und -besitzerinnen streichen immer mehr des Reichtums der gesamten Gesellschaft ein. Wir wehren uns gegen Versuche, Arbeiterinnen und Arbeiter, Beschäftigte und Selbstständige, Erwerbslose sowie Rentnerinnen und Rentner gegen Flüchtlinge auszuspielen, die auf ihrer Flucht nahezu alles verloren haben. Der reell vorhandene Reichtum muss für die Hilfe herangezogen werden: Große private Vermögen, Konzerngewinne und die Einkommen der Reichsten müssen endlich höher besteuert werden. DIE LINKE setzt sich in dieser Situation umso mehr für eine gerechtere, eine andere Steuerpolitik mit Vermögens- und Erbschaftssteuer, Börsenumsatzsteuer, gerechte Unternehmens- und Gewerbesteuer, eine effiziente Steuerfahndung und gegen die Sparpolitik des Bundesfinanzministers ein. DIE LINKE steht für eine Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von Oben nach Unten.

#r2g geht in Thüringen erste Schritte für mehr soziale Gerechtigkeit, für gute Arbeit, für nachhaltiges und ökologisches Wirtschaften, für mehr Chancen in der Bildung, für zukunftsfähige Strukturen im Land und eine bessere Finanzausstattung der Kommunen sowie für mehr Demokratie. Dabei können wir eine Reihe von Erfolgen vorweisen: Mit dem Antritt der Regierung werden, wie im Wahlkampf versprochen, pro Schuljahr 500 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt. Mit Beschluss des Landeshaushaltes 2015 werden mehr als 1.000 Stellen für Langzeiterwerbslose im Rahmen eines öffentlichen Beschäftigungssektors geschaffen. Durch die Abschaffung des ideologisch motivierten Landeserziehungsgeldes („Herdprämie“) wurde die Grundlage für ein kostenfreies Kita-Jahr gelegt. Mit der Neuregelung der Finanzierung Schulen in freier Trägerschaft wurden deren bisherige finanzielle Benachteiligung durch die Vorgängerregierung beseitigt. Das bisherige V-Leute-System wurde in Thüringen beendet und V-Leute im Bereich der politischen Vorfeldaufklärung abgeschaltet. Das überfällige Bildungsfreistellungsgesetz ist beschlossen. Der 8. Mai wird hier künftig als „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges in Europa“ gesetzlicher Gedenktag sein. Wir haben ein Gesetz zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre auf den Weg gebracht. Im Bundesrat hat Thüringen die „#Ehe\_für\_alle“ mit auf die Tagesordnung gesetzt und die Mehrheit für einen Antrag erstritten, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, Cannabis zur Behandlung von Schwerkranken freizugeben, damit diese Personen nicht weiter kriminalisiert werden. Ausgangspunkt unserer Politik sind der Alltag der Menschen, ihre Hoffnungen ebenso wie ihre Ängste, ihre

Erwartung nach Sicherheit, Verlässlichkeit und Selbstbestimmung und gleichfalls nach grundsätzlichen Veränderungen in Richtung mehr sozialer Gerechtigkeit.

Leitlinie unseres Regierungshandelns ist die konsequente Umsetzung des gemeinsamen Koalitionsvertrages der drei Parteien DIE LINKE, SPD und Bündnis90/Die Grünen.

### **Gestaltungsanspruch, Widerstand und Protest gegen den globalen Kapitalismus. – Demokratischer Sozialismus als gesellschaftliche Alternative. DIE LINKE in Regierungsverantwortung.**

DIE LINKE. Thüringen ist sich bewusst, dass die Handlungs- und Einflussmöglichkeiten einer links geführten Landesregierung heute in der Bundesrepublik Deutschland und unter den Bedingungen scharfer Standortkonkurrenz sowie vom Bund auferlegter Finanzknappheit öffentlicher Haushalte begrenzt sind. Letztlich kann sie weder die globalen Fehlentwicklungen des Kapitalismus noch die zunehmend die Demokratie und die bürgerlichen Freiheiten gefährdende Politik der gegenwärtigen Bundesregierung verhindern oder grundlegend korrigieren.

Dennoch macht es einen Unterschied, wer in einem Bundesland wie regiert und welche bundespolitischen Zeichen damit gesetzt werden. Eine links geführte Landesregierung kann ganz praktisch deutlich machen, dass der Einstieg in eine soziale, demokratische, transparente und ökologische Politik möglich ist. Das ist unsere Antwort auf die zunehmende Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung, weil wir zeigen, dass es Alternativen in der Politik gibt. Das massive Absinken der Wahlbeteiligung ist ein dramatisches Problem nicht nur für die Legitimation der parlamentarischen Demokratie, sondern auch für linke und soziale Politik. Jene, die auch subjektiv einen verlässlichen Sozialstaat, öffentliche Daseinsvorsorge und eine starke soziale Stimme im Parlament benötigen, machen von ihrem Wahlrecht überproportional immer weniger Gebrauch. Insofern zeigt sich auch in der Wahlenthaltung die zunehmende soziale Spaltung unserer Gesellschaft.

Veränderung beginnt immer mit Opposition. Wer Veränderungen herbeiführen will, muss jedoch konkrete Verantwortung übernehmen, auch Regierungsverantwortung. Veränderung zu wollen erfordert zugleich die Bereitschaft, sich selbst zu verändern.

Der Einstieg in eine Regierungskoalition und die Führung der Regierung stellen unsere Partei auf allen Ebenen vor neue Anforderungen. Die zu ihrer Erfüllung notwendigen Grundlagen haben wir uns in den vergangenen 25 Jahren hart erarbeitet. Im Ergebnis der Transformation von der ehemaligen Staatspartei SED zur Oppositionspartei PDS ist es uns in den 1990er Jahren gelungen, jene selbstverschuldete gesellschaftliche Isolation zu überwinden, in die sich unsere Vorgängerpartei mit ihrer Machtarroganz gebracht hatte. „Den Ring um die PDS zu sprengen“, diese von unserem damaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden Dieter Strützel im „Gründungsreferat des Landesverbandes“ formulierte Aufgaben- und Zielstellung, erforderte in konsequenter Weiterführung des vom Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS vom Dezember 1989 vollzogenen Bruchs mit dem Stalinismus als System auch die Ersetzung seines zentralistischen Parteiverständnisses durch die basisdemokratische „Partei von unten“.

Dazu gehören:

**Erstens** die selbstkritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte und auch persönlichen Verantwortung, Offenheit gegenüber der Gesellschaft, die Einbeziehung von Nicht-Mitgliedern und Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern in die Arbeit, ein starker Fokus auf Kommunalpolitik und programmatisch-strategische Debatten über den Alltag hinaus.

**Zweitens** Widerstand und Protest, den Anspruch auf Mit- und Umgestaltung der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse und die Diskussion über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen nicht als Widerspruch, sondern als unauflösbares strategisches Dreieck sozialistischer Politik zu verstehen und zu praktizieren.

**Drittens** einen linken Pluralismus zu leben, in dem unterschiedliche Herangehensweisen an politische Aufgaben und Probleme diskutiert und miteinander ausgehalten werden, anstatt sich in destruktiven Strömungsaueinandersetzungen selbst zu blockieren.

**Viertens** innerparteiliche Demokratie zu praktizieren und vor wichtigen Entscheidungen die Mitglieder des Landesverbandes in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Deshalb gingen dem Einstieg in die rot-rot-grüne Koalition Ende 2014 mehreren Basis- und Regionalkonferenzen, zwei Landesparteitage und eine Mitgliederbefragung voraus.

Im Ergebnis dieses stetigen Erneuerungsprozesses ist es uns gelungen, Akzeptanz und Vertrauen in der Bevölkerung neu zu erwerben und auszubauen. Sichtbar wird das an den seit 1990 kontinuierlich steigenden Ergebnissen bei den Landtagswahlen. Zudem verfügt DIE LINKE in Thüringen über engagierte Kommunalfraktionen mit derzeit mehr als 1000 kommunalen Mandaten, über 40 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Dezernentinnen und Dezernenten, eine Oberbürgermeisterin und zwei Landrätinnen.

Durch die Übernahme der Regierungsverantwortung haben sich die Möglichkeiten zur Umsetzung unserer konkreten landespolitischen Vorstellungen zum einen verbessert, zum anderen erfahren wir die gegebenen Grenzen völlig neu. Unsere Verantwortungsträgerinnen und -träger in der Landesregierung und der Landtagsfraktion sowie unsere kommunalen Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber sind deshalb gefordert, die bei der praktischen Umsetzung auftretenden Probleme und Widersprüche zwischen gesellschaftlicher Opposition, sozialistischem Zukunftsanspruch und alltäglichen Verwaltungshandeln transparent zu machen und an ihrer Lösung mitzuarbeiten. Als Partei sind wir in der Pflicht, sie dabei aktiv zu unterstützen.

Landesvorstand und Landesverband haben die Aufgabe, ihre Mit-Verantwortung bei der Gestaltung der Regierungspolitik wahrzunehmen. Es gilt unter anderem, DIE LINKE-Landtagsfraktion, den Ministerpräsidenten sowie unsere Ministerinnen und Minister in den Aushandlungsprozessen mit SPD und Bündnis90/Die Grünen bei der Durchsetzung des Koalitionsvertrages zu unterstützen.

Dabei geht es sowohl um aktuelle Fragen und Problemstellungen als auch um die Diskussion jener grundlegenden Projekte für eine demokratische und sozial gerechte Zukunft des Landes, die über die gegenwärtige Legislaturperiode hinausweisen, denen eine transformatorische Perspektive hin zu einer postkapitalistischen Gesellschaft innewohnt. Nur so können wir die Chancen einer links geführten Landesregierung wirklich nutzen, um zu zeigen, dass links sowohl in der Opposition als auch in der Regierung wirkt. Es geht um Vertrauen in linke Politik, um die Glaubwürdigkeit unseres politischen Handelns und um unseren Beitrag zur Stärkung der Überzeugungs- und Durchsetzungskraft linker Politikkonzepte. Nur so werden die politischen Angebote der LINKEN als konkrete und machbare Alternativen zur angeblich alternativlosen Sparpolitik und der Beschneidung sozialer Rechte der Merkel/Schäuble-Gabriel-Regierung erkennbar und von den Menschen angenommen.

Als Regierungspartei stehen wir vor der Herausforderung Antworten auf die Frage zu geben, was nützen unsere Vorschläge und unser Handeln konkret den in Thüringen lebenden Menschen. Nur wenn sie in ihrem Alltag erfahren, dass sich unter #r2g ihr Leben an den ihnen wichtigen Punkten verbessert, werden wir Erfolg haben. Nur so werden wir unseren Beitrag zu einer politischen Aufbruchsstimmung leisten können, die breite gesellschaftliche Bündnisse sowie eine Veränderungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und eine linke Hegemonie ermöglichen.

Wir stehen vor der Herausforderung, bisher getrennt verlaufende gesellschaftliche Konflikte in Beziehungen zu bringen, voneinander isolierte Debatten zu verknüpfen und unsere Vorstellungen einer sozialen, demokratischen und ökologischen Gesellschaft und letztlich die eines demokratischen Sozialismus auf die Themen, Strukturen und tagespolitischen Fragen in den Kommunen und im Land anzuwenden und so sichtbar und erfahrbar zu machen.

Wichtig ist, dass wir auf allen Ebenen und kontinuierlich unsere Politik darstellen und erklären. Anders als die Thüringer CDU, für die Intransparenz und Filz Regierungsmodell war, haben wir die Verpflichtung, unser Regierungshandeln verständlich und nachvollziehbar zu machen. Wir wollen den kontinuierlichen Dialog mit den Menschen in Thüringen, mit Verbänden, mit Gewerkschaften und Vereinen, mit Bürgerinitiativen und politischen Zusammenschlüssen, am Gartenzaun und im Wohngebiet. Wir brauchen sowohl ihre Kritik als auch ihre praktische Mitarbeit bei der Lösung der gegenwärtigen gewaltigen Herausforderungen.

Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist eine lebhaft diskutierte Positionen und Lösungswege. Unser Prinzip als Regierungspartei ist: Kritik ist keine Majestätsbeleidigung; weder von Bürgerinnen und Bürgern, aus der eigenen Partei oder von unseren politischen Partnerinnen und Partnern. Wir stehen zugleich in der Verantwortung, die spezifisch ostdeutschen Interessen weiterhin konsequent zu vertreten: Von der Rentengerechtigkeit und der Ost-West-Angleichung von Löhnen über die Einbringung der Erfahrungen und Lebensleistungen von Millionen Bürgerinnen und Bürgern der DDR in die aktuellen gesellschaftlichen Debatten bis hin zur heutigen Benachteiligung der auf dem Gebiet der DDR geschiedenen Frauen oder die speziellen strukturellen Herausforderungen in den ostdeutschen Bundesländern.

Als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten in Regierungsverantwortung begreifen wir uns weiterhin als Teil der politischen und gesellschaftlichen Bewegungen, die demokratische Alternativen zur dominierenden neoliberalen Politik suchen und praktizieren. Wir sind Teil des zivilgesellschaftlichen Widerstandes und Protestes gegen Rassismus und Neonazismus sowie Teil der Friedensbewegung. Wir wollen Thüringen gemeinsam mit seinen Einwohnerinnen und Einwohnern demokratisch neu- und umgestalten. Wir halten an unserem sozialistischen Anspruch fest, denn soziale Gerechtigkeit und eine Demokratisierung der Gesellschaft in allen Bereichen führt letztlich über die kapitalistischen Verhältnisse hinaus.

### **Weil ich ein Mensch bin...! Perspektiven einer humanen, solidarischen und demokratischen Gesellschaft**

Wir lassen uns von dem Ziel leiten, dass alle Menschen, unabhängig davon, in welcher Region der Erde sie geboren wurden, selbstbestimmt, in Würde und Solidarität leben können. Diesem Ziel liegt ein Menschenbild zugrunde, das von der Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte ausgeht und lediglich eine Begründung braucht: Weil ich ein Mensch bin. Es greift Marx' Vision im Kommunistischen Manifest auf: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ Diese Vision setzt die Abschaffung von Kriegen, den Stopp der Zerstörung unserer Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen ebenso voraus wie die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung, von Diskriminierung, von Hunger und Armut. Sie wird nur über den Weg einer umfassenden Demokratisierung aller Lebensbereiche möglich. Sie ist Utopie und Realismus zugleich. Unser Ziel eines demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft, in der alle Menschen menschenwürdig leben können. Ihre Verwirklichung beginnt im Hier und Heute – an ihrer Verwirklichung müssen wir auch in Thüringen arbeiten.

Die gegenwärtige globale Flüchtlingsbewegung – die größte seit dem Zweiten Weltkrieg – belegt, dass es für Millionen Menschen auf dieser Welt nicht möglich ist, selbst für ein gutes Leben zu sorgen. Ihr Leben besteht aus Todesangst und materieller Not, aus Erniedrigung und Hunger – sie wissen keinen anderen Ausweg, als ihr Zuhause zu verlassen.

Der gegenwärtig völlig enthemmte Kapitalismus zerstört mit den von ihm verursachten wirtschaftlichen Krisen und Kriegen in immer mehr Regionen gesellschaftlichen Zusammenhalt, politische Stabilität und die Natur. Eine Umkehr dieser Entwicklung einzuleiten ist zu einer wichtigen Aufgabe der Weltgemeinschaft geworden. Die Hauptverantwortung tragen dabei die Staaten der westlichen Welt, auch und vor allem die Bundesrepublik. Eine humanitäre Flüchtlingspolitik, ein sofortiger Stopp von Rüstungsexporten und eine politische Stärkung jener demokratischen Kräfte, die sich gegenwärtig dem menschenverachtenden Terror des IS entgegenstellen, wären erste notwendige, exemplarische Schritte. Daher fordert DIE LINKE. Thüringen, das Verbot der kurdischen Arbeiterpartei PKK sofort aufzuheben – einer der wenigen Kräfte, die im Nordirak und in Syrien erfolgreich Menschenrechte und Humanismus gegen Massenmord und Unmenschlichkeit verteidigt und deren Schwesterpartei PYD mitten im syrischen Bürgerkrieg dafür kämpft, eine Insel der Sicherheit und demokratischen Selbstverwaltung zu schaffen. Für DIE LINKE. Thüringen bleibt es bei der grundsätzlichen Forderung: Offene Grenzen für Menschen in Not! Wir fordern von der Bundesregierung endlich die systematische Einschränkung des Grundrechts auf Asyl einzustellen und für die Beendigung der Aufrüstung der europäischen Außengrenzen zur „Festung Europa“ einzutreten. Um weitere Katastrophen auf der Flucht zu verhindern, braucht es sichere Wege nach Europa

und nach Deutschland für alle Menschen, die durch Kriege, Bürgerkriege und Terror, den verschiedensten Formen von Ausgrenzungen und Gewalt, vor Diskriminierung, Armut, Perspektivlosigkeit, vor Hunger oder vor Umwelt- und anderen Katastrophen zur Flucht gezwungen sind. Wer wie die EU-Staaten derzeit Milliarden Euro an den Präsidenten der Türkei Erdogan und die islamisch-konservative AKP-Regierung für Flüchtlingsabwehr zahlt, macht die Kräfte zu Partnern, die mit dem Krieg gegen Kurdinnen und Kurden im eigenen Land neue Fluchtbewegungen schaffen. Deutschland und Europa müssen aufhören, in Partnerschaft mit autoritären Regimen Flüchtlinge zu bekämpfen. Notwendig ist der Kampf gegen Fluchtursachen.

Thüringen muss sich angesichts der humanitären Katastrophe als ein Land der Solidarität erweisen, das einen eigenständigen Beitrag zur Verteidigung und Weiterentwicklung einer humanen und demokratischen Gesellschaft leistet. Wir unterstützen ausdrücklich den Ansatz des Thüringer Ministerpräsidenten in seinem Anliegen, aus Flüchtlingen Neubürger zu machen und danken allen politischen und gesellschaftlichen Kräften – Ehrenamtlichen wie Hauptamtlichen - für ihre solidarische Hilfe.

Der „Winterabschiebestopp“ sofort nach Regierungsbildung war ein bundesweit beachtetes und wichtiges Signal für eine Wende in der Thüringer Migrationspolitik. DIE LINKE. Thüringen stellt fest, dass die Lebensbedingungen insbesondere für die Roma aus den Staaten des Balkans unverändert auch im Winter 2015/16 einen Winterabschiebestopp rechtfertigen und notwendig machen. Zu Beginn der rot-rot-grünen Koalition war noch nicht absehbar, welche Entwicklungen und welche Herausforderungen gegenwärtig bei der Aufnahme von zunehmend mehr Menschen zu bewältigen sind. Eine Politik, die ihrer humanitären Verantwortung gerecht wird, kann dabei nicht hauptsächlich und schon gar nicht allein von Landespolitik entwickelt und umgesetzt werden – es ist eine gemeinsame Aufgabe des Bundes, der Länder und Kommunen.

Die Versuche der CDU-Landtagsopposition, sich auf Kosten schutzsuchender Menschen zu profilieren und zwischen „richtigen“ und „falschen“ Flüchtlingen oder „nützlichen“ und „weniger nützlichen“ Menschen zu unterscheiden, befördern menschenfeindliche Stereotype und rassistische Einstellungen sowohl ganz Rechts als auch in der Mitte der Gesellschaft. Die CDU trägt die politische Verantwortung dafür, dass während ihrer Regierungszeit in Thüringen weder für genügend Erstaufnahmekapazitäten vorgesorgt noch die Kommunen vorbereitet worden sind. DIE LINKE. Thüringen weiß um die hieraus entstandenen Schwierigkeiten bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen, ihrer Unterbringung in den Kommunen und ihrer Integration in das gesellschaftliche Leben. Von der demokratischen Oppositionspartei erwarten wir in diesen grundlegenden Fragen von Humanität und Menschlichkeit, Umsetzung des grundgesetzlich verankerten Rechts auf Asyl und des Rechts auf Anerkennung als Flüchtling die gemeinsame Suche nach konkreten Lösungen und nicht die Verschärfung der ohnehin gefährlich angespannten gesellschaftlichen Debatte.

Wir nehmen die vor Ort bei den Bürgerinnen und Bürgern auftretenden Fragen und Ungewissheiten in der Debatte um die Flüchtlingspolitik ernst, stellen uns jedoch gemeinsam mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen Kräften denen entgegen, die Ängste sowie Vorurteile, Hass und Gewalt schüren. Die volksverhetzenden Reden von AfD und NPD auf den Straßen und in den Parlamenten sowie ihr Bemühen, Öl ins Feuer zu gießen, sind Anstachelung zum Hass. Brennende Unterkünfte für Flüchtlinge und gewalttätige Attacken auf Migrantinnen und Migranten wie Flüchtlingshelferinnen und -helfer sind da nur eine logische Konsequenz. Hatte sich die AfD bis zu ihrer Spaltung noch bemüht, ein bürgerliches Image zu wahren, hat die Thüringer AfD mit ihrem völkischen Auftreten und bester Vernetzung in die alte und neue Rechte ihre Maske abgelegt. Offen marschierten die Abgeordneten der Partei an der Seite von militanten Neonazis und Holocaust-Leugnern durch Erfurt. Ihre Ablehnung der Ideen von Gleichheit, Freiheit und Solidarität kleiden sie in rassistischen Hass. Die demokratische Politik, Gewerkschaften, Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Sozialverbände und all jene, die eine offene, freiheitliche, demokratische und solidarische Gesellschaft wollen sind aufgefordert, den Hetzern im Anzug entschlossen entgegenzutreten. Die Grenze zum Faschismus ist an der Spitze der Thüringer AfD längst nicht mehr erkennbar. Protest und Widerstand sind ebenso notwendig wie Aufklärung über den antidemokratischen, antisozialen und volksverhetzenden Charakter der Partei.

## **DIE LINKE. Thüringen bekräftigt deshalb ihre Vorschläge, ein Europa für die Menschen zu gestalten:**

DIE LINKE. ist eine proeuropäische Partei. Für uns ist Europa jedoch weitaus mehr als eine vordergründig auf gemeinsame, kapitalistische Märkte orientierte Gemeinschaft. Der enthemmte Kapitalismus und die politischen Parteien, die ihn ermöglicht haben und ihn weiterhin stützen, zerstören zunehmend auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie in den Staaten Europas. Die zunehmende Stärke extrem rechter, rechtspopulistischer und neofaschistischer Kräfte und die ihnen teils hinterherlaufenden Konservativen unterlaufen und bedrohen europaweit Demokratie und die die Idee eines geeinten Europas. Für eine Umkehr dieser Entwicklung ist eine Stärkung der europäischen Linken erforderlich - eine Linke, die europaweit handlungsfähig ist. Eng damit verbunden ist eine Rückgewinnung der Demokratie als Instrument für die Wahrnehmung der sozialen Interessen der Menschen in Europa, der Bundesrepublik und damit auch in Thüringen.

Ein wichtiges Ziel ist es, die Austeritätspolitik vor allem gegenüber den Staaten Süd- und Südosteuropas sofort zu beenden. Wenn Europa nicht scheitern soll, braucht es gemeinsame Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialstandards, eine Entschuldung der Krisenländer, gekoppelt mit einem Investitionsprogramm. Aktueller denn je ist eine weitere Stärkung des EU-Parlaments gegenüber den Institutionen und der Mitsprachemöglichkeiten der nationalen Parlamente in den Entwicklungsfragen der Europäischen Union. Die Mitgliedsstaaten der EU müssen zudem ein gemeinsames Flüchtlingsrecht mit gleichen humanitären Aufnahmestandards und darauf aufbauend ein solidarisches Miteinander zur Aufnahme von Flüchtlingen entwickeln und umsetzen. Dringend notwendig bleibt der breitere Einsatz des Europäischen Sozialfonds (ESF), insbesondere zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung besonders gefährdeter Gruppen, wie Jugendliche (vor allem Überwindung der Massenarbeitslosigkeit von Jugendlichen), Frauen, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit physischen Einschränkungen.

Wir werden zudem unser Engagement gegen TTIP, CETA und TISA weiter aufrechterhalten. Drei Millionen Unterschriften für die Europäische Bürgerinitiative und 250.000 Demonstrierende in Berlin sowie vielfältige kommunale Beschlüsse und Aktionen auch in Thüringen betonen die Relevanz des Themas. Wir bekennen uns klar zu Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards und bleiben deshalb bei unserem klaren Nein zu den geplanten Freihandelsabkommen.

## **DIE LINKE. Thüringen fordert grundlegende Veränderungen der Bundespolitik:**

Dringend notwendig sind eine gerechtere Steuer- und Finanzpolitik, umfassende Investitionshilfen des Bundes für die öffentliche Hand in den Ländern, Städten und Gemeinden sowie eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, damit finanzielle Spielräume zur Beseitigung des massiven Investitionsstaus geschaffen werden. Auf diese Ziele muss der Länderfinanzausgleich neu ausgerichtet werden.

Der Bund muss weit mehr Verantwortung bei der Aufnahme von Flüchtlingen übernehmen und ihre gesellschaftliche Integration finanziell ausreichend unterstützen. Notwendig ist eine Stärkung öffentlichen Eigentums, öffentlicher Daseinsvorsorge und einer sozialen Infrastruktur. Wir fordern vom Bund eine Politik, die prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen effektiv zurückdrängt.

**Als konsequente Antikriegspartei fordert die DIE LINKE. Thüringen eine konsequente Politik des Friedens, der Entwicklungsunterstützung, der Konfliktprevention und friedliche Konfliktlösung.**

Die Politik, mittels militärischer Interventionen und Krieg Konflikte zu lösen hat die Lage stattdessen verschärft. Neue Kriege, Bürgerkriege und unzählige bewaffnete Konflikte sind - befördert durch den Aufstieg neuer Regionalmächte - die katastrophalen Ergebnisse. Es bleibt dabei: Kriege und militärische Gewalt sind niemals eine Lösung. DIE LINKE. Thüringen fordert den sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte und setzt sich für die Konversion von Rüstungsforschung und -industrie sowie von Bundeswehrstandorten hin zur zivilen Produktion und Nutzung ein - auch hier in Thüringen. Besonders der großflächige Standorttruppenübungsplatz Ohrdruf muss schrittweise zivil genutzt werden! Wir wenden uns gegen die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an Kriegseinsätzen, welcher Art auch immer. Wir setzen uns für

die Reform der Vereinten Nationen ein, um kollektive friedliche Konfliktlösungsstrategien zu stärken.

### **Wir bringen Thüringen voran. Gemeinsam.**

Entsprechend unserem Landtagswahlprogramm 2014 sind mehr soziale Gerechtigkeit, gleiche Bildungschancen und kulturelle Teilhabe für alle, menschenwürdige und existenzsichernde Arbeitsplätze, eine Offensive für ökologische und dezentrale Energieversorgung, eine ökologische Ausrichtung der Wirtschaft, mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung auch in Fragen von Wirtschaftsentwicklung, Finanzen oder Daseinsvorsorge und starke Kommunen die Ziele unserer linken Landespolitik in Thüringen.

Ihre schrittweise Realisierung erfolgt im Rahmen des Koalitionsvertrages durch die Konzentration auf zentrale Leitprojekte. Sie erfolgt zugleich vor dem Hintergrund eines immensen Schuldenbergs, den die CDU-geführten Landesregierungen hinterlassen haben. Als ein weiteres Erschwernis kommt die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse für die Länder hinzu. Diese lehnen wir als ideologisches Prinzip, als volkswirtschaftlich kontraproduktiv ab.

### **Unter diesen Prämissen setzt DIE LINKE. Thüringen folgende Schwerpunkte:**

#### **Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit!**

Soziale Gerechtigkeit und gute Arbeitsbedingungen sind die Kernkompetenzen unserer Partei. Uns geht es um eine sozial gerechte Gesellschaft, die jede und jedem die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht – Menschen in Stadt und Land, Menschen mit und ohne Behinderung, Jungen und Alten, abgesichert und prekär Beschäftigten, Gesunden und Kranken, NeubürgerInnen und Alteingesessenen. Daher unterstützen wir die Weiterführung, den Ausbau und die Qualifizierung des von der Landesregierung unlängst ins Leben gerufenen Programms zur Förderung der öffentlichen und gemeinwohlorientierten Arbeit für vom Arbeitsmarkt ausgegrenzte Menschen und begrüßen die verstetigte Fortschreibung des Landesarbeitsmarktprogramms. Wir betonen, dass der Arbeitsmarktzugang von Geflüchteten ein zentrales Element der Integration darstellt und das dieser nur zu gleichen sozial- und arbeitsrechtlichen Bedingungen wie für alle anderen ArbeitnehmerInnen erfolgen kann. Bei der Wiederbelebung des Pflegepakts unterstützen wir das Wirken des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie und verfolgen konsequent das Ziel nach einem Branchentarifvertrag für alle im Pflegebereich beschäftigten ArbeitnehmerInnen. Weitere Wegmarken einer linken Sozialpolitik stellen für uns die Stärkung der Seniorenbeiräte und die Einführung eines Sehbehindertengeldes dar. Die gute und wohnortnahe ärztliche Versorgung spielt in einer alternden Gesellschaft eine immer größere Rolle, aber auch (zahn-)ärztliche Untersuchungen von Vor- und Grundschulkindern müssen kontinuierlich gewährleistet sein. Deshalb machen wir uns stark für eine bessere haus- und fachärztliche Versorgung in der Fläche und die Unterstützung des öffentlichen Gesundheitsdienstes im Freistaat. Demokratie nicht am Werkstor enden zu lassen, ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Starke Betriebs- und Personalräte sichern demokratische Mitbestimmung im Betrieb und in der Verwaltung. Sie sind die Interessenvertretung der Beschäftigten als Korrektiv zur Arbeitgeberseite und müssen gestärkt und unterstützt werden. Für genossenschaftlich oder kollektiv organisierte Arbeit und die Ausweitung demokratisch organisierter Eigentums- und Wirtschaftsformen gilt dies ebenso. Wir werden eine Politik der Wirtschaftsförderung und –ansiedlung unterstützen, die diese Demokratisierung der Wirtschaft als Maßgabe hat. DIE LINKE steht für die gesellschaftliche Gleichstellung von Menschen unterschiedlicher Geschlechter und für das Ende stereotyper Geschlechterbilder, patriarchaler Strukturen und sexistischer Diskriminierung – vom gleichen Lohn und gerechter Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit über die Forderung nach der Streichung des § 218 Strafgesetzbuch bis hin zu Quotierungen in Führungspositionen oder zur Förderung von Frauen in unserer Partei. DIE LINKE. Thüringen setzt auf die kleinen und mittleren Unternehmen sowie das regional ansässige Handwerk. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung und sind regional verwurzelt.

## **Gute Bildung für alle!**

Das beitragsfreie Kita-Jahr und die Herstellung von Transparenz in der Kita-Finanzierung sind ein Schwerpunkt des Koalitionsvertrages. DIE LINKE. Thüringen bleibt dabei: Nach Auslaufen des Landeserziehungsgeldes wird das beitragsfreie Kita-Jahr umgesetzt und mit einer Qualitätsoffensive verbunden. Wir sprechen uns zudem dafür aus, mittelfristig die Voraussetzungen für die Beitragsfreistellung des Besuches einer Kindertagesstätte in Thüringen zu schaffen.

Das Thüringer Schulgesetz und das Förderschulgesetz sollen zu einem inklusiven Schulgesetz zusammengeführt werden, um die personellen, sächlichen und räumlichen Rahmenbedingungen für inklusive Schulen weiter zu verbessern und Entwicklungsperspektiven für Förderschulen zu beschreiben. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Muttersprache der Besuch des Gymnasiums und der Erwerb der Hochschulreife ermöglicht wird, indem auch im Freistaat Thüringen die Muttersprache als zweite Fremdsprache anerkannt wird.

Im Hochschulbereich bleibt es bei unserer Absage an jede Form von Studiengebühren. #r2g hat mit der Rahmenvereinbarung IV eine gute Grundlage für die Finanzierung der Thüringer Hochschulen bis 2019 gelegt. Für eine nachhaltige Entwicklung der Thüringer Hochschulen müssen aber die bestehenden Strukturen und Entwicklungspläne überarbeitet und der bisher vorgesehene Stellenabbau rückgängig gemacht werden.

Militärische Forschung an den Thüringer Hochschulen wollen wir abbauen, die demokratischen Mitwirkungsrechte für die Beschäftigten und Studierenden dagegen weiter stärken. Wir setzen uns für eine Begrenzung des Befristungsunwesens an den Hochschulen ein.

Akademische Bildung und die duale Berufsbildung dürfen dabei nicht unter dem Stichwort des vermeintlichen ‚Akademisierungswahns‘ gegeneinander ausgespielt werden. Daher setzt sich DIE LINKE weiter für verbesserte Ausbildungsbedingungen ein und forciert dies unter anderem mit der Einführung eines Azubitickets, der Forderung nach einem Mindestausbildungsentgelt und der Erarbeitung eines Ausbildungsrahmenplans. Auch Orte der non-formellen Bildung müssen gestärkt werden. Das bedeutet auch, die Jugendarbeit und -hilfe finanziell, materiell und ideell zu stärken.

## **Kultur**

Thüringen ist ein Land mit reicher Kultur - von Bach und Goethe über Bauhaus und Renau bis hin zu einer lebendigen Subkultur quer durch den Freistaat. Kultur und Bildung sind wichtige Säulen einer demokratischen Gesellschaft. Sie brauchen verlässliche finanzielle Förderung durch den Staat und Rahmenbedingungen, die eine freie Entfaltung ermöglichen. Die etablierten und anerkannten Theater und Orchester sind fester Bestandteil des kulturellen Lebens in Thüringen. DIE LINKE unterstützt die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag, die den Erhalt aller Thüringer Theater und Orchester in ihrer bestehenden Form, Struktur und Bandbreite anstrebt und gemeinsam mit den kommunalen Trägern für mehr Planungssicherheit und nachhaltige Qualitätssicherung bei Theatern und Orchestern langfristige Finanzierungsvereinbarungen abschließen will.

## **Kampf gegen Neofaschismus und Rassismus**

Hier in Thüringen, im Schatten der KZ's Buchenwald und Mittelbau Dora, am Geburtsort der Nazi-Terrororganisation NSU, haben wir eine besondere Verantwortung im Kampf gegen die extreme Rechte und gegen Rassismus. Mit der weiteren parlamentarische Untersuchung des Staatsversagen beim NSU im zweiten Untersuchungsausschuss, der geplanten Enquete-Kommission gegen Rassismus und der für 2016 geplante Einrichtung einer wissenschaftlich und transparent arbeitenden Stelle zur Dokumentation und Analyse der extremen Rechten wollen wir dieser Verantwortung gerecht werden.

DIE LINKE. Thüringen plädiert sowohl im Bund als auch im Land für eine stärkere Förderung von zivilgesellschaftlicher Arbeit gegen Rechts.

DIE LINKE. Thüringen setzt sich für eine konsequente Nutzung bestehender repressiver Mittel gegen Neonazismus und Rassismus ein. Im Kampf gegen Rechts sind nicht nur die vielen „Anständigen“ in Bürgerbündnissen, Antifa-Gruppen, Gewerkschaften, Kirchen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zuständig, die quer durchs Land tagtäglich gegen Rechts und für eine humane Gesellschaft



arbeiten, sondern auch die „Zuständigen“.

## **Bezahlbares Wohnen, gute Infrastruktur und Energiewende**

Angesichts der in Erfurt, Weimar und Jena stark steigenden Mieten plädiert DIE LINKE. Thüringen für eine Offensive im sozialen Wohnungsbau, um wieder bezahlbaren, barrierefreien, ausreichenden und guten Wohnraum zu schaffen, der durch den massenhafte Abriss kommunalen Wohneigentums in den vergangenen Jahren die aktuelle Krise mitverursacht hat. DIE LINKE besteht darauf: Wohnen in Innenstadtlagen darf kein Luxus sein. Wir wollen soziale und gesellschaftliche Vielfalt in unseren Städten erhalten und fördern, anstatt Innenstädte nur für Kommerz und gehobenes Wohnen herzurichten. Wir weisen in diesem Zusammenhang Versuche zurück, mit ordnungspolitischen Maßnahmen den öffentlichen Raum von Menschen zu „säubern“, die nicht ins Bild glänzender Konsumzeilen passen.

Abseits von Erfurt, Weimar und Jena haben hingegen viele Städte und Gemeinden mit Leerstand, fallenden Preisen und dem Wegzug von Menschen zu kämpfen. DIE LINKE. Thüringen setzt sich demgegenüber für gleichwertige Lebensbedingungen ein. Deshalb wollen wir die Erreichbarkeit von Ärzten, Apotheken, Kultur und Freizeiteinrichtungen, Verwaltung und Einkaufsmöglichkeiten für alle Menschen garantieren. Hierzu gehören neue Modelle in der Organisation von Nahverkehr (z.B. fahrscheinfreier ÖPNV) und die Nutzung der neuen Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft bei der Erledigung von Behördenangelegenheiten. DIE LINKE. Thüringen plädiert für eine Offensive beim Erhalt und Ausbau öffentlichen Personenverkehrs, einschließlich der Mitte-Deutschland-Verbindung und der Saale-Bahn.

Für eine erfolgreiche Energiewende, die dezentral, regional und regenerativ ist, wurden, mit der von der Thüringer Linken, unterstützen Rekommunalisierung der TEAG erste Voraussetzungen geschaffen. Jetzt gilt es mit erfolgreichen Projekten kommunaler Beteiligungen und Bürgergenossenschaften den Ausbau erneuerbarer Energien in Thüringen weiter zu gehen. Wir unterstützen daher die Bemühungen zur Ausweitung der erneuerbaren Energien, u.a. Windkraft, in Thüringen, der energetischen Sanierung von Landesliegenschaften, der Entwicklung neuer Konzepte zu regenerativer Energieerzeugung, deren Speicherung, Entwicklung und Förderung.

Dazu gehört die Erarbeitung und Verabschiedung einer „Thüringer Energie- und Klimaschutzstrategie 2040“ um unsere Ziele klar, deutlich und nachvollziehbar zu definieren und diese auch öffentlich diskutieren zu können.

## **Starke Kommunen**

DIE LINKE. Thüringen sieht in dem von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Neuausrichtung des Kommunalen Finanzausgleichs einen ersten Schritt zur Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen. Der Kommunale Finanzausgleich wird so ab 2016 strukturell und finanziell den Erfordernissen angepasst. Für DIE LINKE. Thüringen ist dabei besonders entscheidend, die Handlungsfähigkeit auch der finanziell belasteten Kommunen wieder herzustellen.

Um diesen Weg fortsetzen zu können ist eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen in dieser Legislaturperiode zwingend erforderlich, um leistungsfähige und zukunftsfeste kommunale Strukturen zu schaffen. Diese Reform, die jahrzehntelang von der CDU blockiert wurde, stellt uns vor die größte politische Herausforderung in dieser Legislatur. Für die DIE LINKE. Thüringen ist es dabei entscheidend und für den Reformprozess maßgebend, dass nicht über die Köpfe der Menschen hinweg sondern im Dialog mit den Betroffenen entschieden wird. Mehr Demokratie, Transparenz und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sind und bleiben gerade bei dieser Reform der rote Faden unserer Politik. Eine Gebietsreform, die den demographischen Wandel abbilden soll, muss zwingend mit einer Funktional- und Verwaltungsreform einhergehen, um Bürgernähe, Transparenz und Effizienz von Verwaltungshandeln durch eine weitgehende Kommunalisierung von Aufgaben unter Beachtung des Konnexitätsprinzips (Wer bestellt bezahlt) zu ermöglichen. Für DIE LINKE gehört dazu der Einstieg in einen nur noch zweistufigen Verwaltungsaufbau in Thüringen.

DIE LINKE plädiert für eine moderne und effiziente Verwaltung. Die Kommunen müssen dabei gestärkt und dezentrale Bürgerservicebüros Anlaufpunkte für alle Angelegenheiten sein. Kurze Wege und guter Service für die Menschen und in allen Verwaltungsangelegenheiten sind unser Ziel.

## **DIE LINKE als Ort der gemeinsamen Praxis**

Es liegt an uns, ob wir bei den Landtagswahlen 2019 unser gutes Ergebnis von 2014 halten oder sogar noch steigern können. Dafür ist es notwendig, dass DIE LINKE als profilierte und eigenständige Kraft erkennbar ist und bleibt – sowohl als Landespartei und Landtagsfraktion als auch in der Regierung. Zugleich ist es auch ein Teil unserer Verantwortung mit dafür zu sorgen, dass es auch 2019 eine gesellschaftliche Mehrheit für eine Regierung unter LINKER Führung gibt. Um erfolgreich linke Politik zu gestalten, braucht es auch Partnerinnen und Partner außerhalb von Parlamenten und Institutionen, die uns und unseren politischen Kurs in kritisch-solidarischer Weise begleiten. Angesichts der Zumutungen im globalen Kapitalismus und der heutigen Gesellschaft braucht es DIE LINKE als „Ort der gemeinsamen Praxis“ einer pluralen Linken, wo die Selbstermächtigung der Menschen im Alltag gestärkt wird und wir auf den Feldern und unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts an die Tradition der PDS, der Kümmerer-Partei vor Ort, anschließen. DIE LINKE muss eine Organisation und Plattform sein, in der sich im politischen Alltag jene Menschen treffen, die linke Kommunalpolitik machen, in der Nachbarschaft für eine solidarische Gesellschaft werben, sich gegen Neonazis oder für den Erhalt von Kitas und Schwimmbädern engagieren, für gerechte Löhne streiten, in Sozialverbänden Solidarität praktisch organisieren, gegen die Atomindustrie protestieren, an Hochschulen kritische Wissenschaft gestalten, linke Kultur organisieren, sich für Benachteiligte stark machen und am 8. März für Frauenrechte auf die Straßen gehen - oder eben auch in einer Landesregierung für linke Politik streiten.